Antrag

Hannover, den 13.05.2025

Fraktion der CDU

Verlässlichkeit statt Unsicherheit - Infrastruktur darf nicht am Koalitionsstreit scheitern

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Eine moderne, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist unverzichtbar für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Niedersachsens. Insbesondere die Küstenautobahn A 20, die Autobahn A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg sowie der vierstreifige Ausbau der Europastraße E 233 sind Schlüsselprojekte für die Anbindung ländlicher Räume und der niedersächsischen Seehäfen sowie für die Entlastung stark frequentierter Verkehrsachsen.

Autobahnen sind das Rückgrat des Wirtschaftsverkehrs und ein unverzichtbarer Bestandteil moderner Daseinsvorsorge. Sie sichern Mobilität, verbinden Regionen, ermöglichen kurze Transportwege und schaffen die Grundlage für Wachstum, Beschäftigung und Investitionen. Für Industrie, Handwerk, Handel und Logistik sind funktionierende Verkehrsachsen ein entscheidender Standortfaktor. Ebenso wichtig sind diese für Pendler und den Tourismus in Niedersachsen. Eine gut ausgebaute Autobahninfrastruktur trägt daher maßgeblich zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Lebensqualität in unserem Land bei.

Während der federführende SPD-Verkehrsminister¹ und seine Fraktion die Bedeutung zentraler Infrastrukturprojekte wie der A 20 und der A 39 immer wieder betonen, lehnen andere Teile der rot-grünen Koalition diese Projekte offen ab. Insbesondere aus dem für Umweltfragen zuständigen Ressort² und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen³ wird auf Führungsebene immer wieder öffentlich ein Bau- bzw. Planungsstopp gefordert. Dadurch, dass bei solch zentralen Zukunftsfragen ganz erheblich unterschiedliche Positionierungen der rot-grünen Koalition vorliegen, entsteht ein widersprüchliches Bild innerhalb der Landesregierung, das bei Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen sowie Kommunen zu erheblicher Verunsicherung führt.

Während ein Teil der Koalition den Autobahnausbau als wirtschafts- und standortpolitisch notwendig erachtet, stellt der andere Teil die grundsätzliche Sinnhaftigkeit solcher Projekte infrage und fordert eine vollständige Umpriorisierung der Verkehrspolitik. Dieser offene Richtungsstreit innerhalb der Regierung verhindert eine stringente Infrastrukturpolitik und gefährdet die notwendige Planungssicherheit.

Trotz eines leichten Rückgangs im privaten Personenverkehr ist in Niedersachsen in den kommenden Jahren mit einem deutlichen Anstieg des Güterverkehrs auf der Straße zu rechnen. Dies geht aus der Verkehrsprognose 2040 des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr hervor.⁴ Besonders betroffen sind überregionale Verkehrsachsen wie die A 20, die eine wichtige Rolle als Hafenhinterlandanbindung einnimmt, sowie die A 39 als zentrale Nord-Süd-Verbindung. Gerade im Hinblick auf die dynamisch wachsende Region rund um Lüneburg, die wirtschaftliche Schlüsselstellung Wolfsburgs sowie die überregionale Bedeutung des Großraums Hamburg ist ein leistungsfähiger und

¹ https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/uber_uns/presse/presseinformationen/planfeststellungsbeschluss-fur-1-bauabschnitt-der-a-39-liegt-vor-238790.html, zuletzt abgerufen am 30.04.2025.

² <https://rundblick-niedersachsen.de/spd-gegen-gruene-berliner-autobahn-plaene-entzweien-niedersaechsische-koalitionare>, zuletzt abgerufen am 05.05.2025.

³ https://www.instagram.com/p/DHsoaCitnzd/?igsh=OTR2MHUxbXN5azlt&img_index=2, zuletzt abgerufen am 30.04.2025; <https://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/gruenen-chefin-kura-autobahnen-passen-nicht-mehr-in-die-zeit-48640702>, zuletzt abgerufen am 05.05.2025.

⁴ Bundesministerium für Digitales und Verkehr (Hrsg.): Verkehrsprognose 2040 - Band 6.1 E: Verkehrsentwicklungsprognose, Prognosefall 1 „Basisprognose 2040“ (*Ergebnisse*), Stand: 24.10.2024, Berlin.

zukunftsformer Ausbau der Autobahninfrastruktur, auch vor dem Hintergrund eines moderaten Rückgangs im Pkw-Verkehr, unerlässlich. Im Vordergrund stehen dabei die Entlastung bestehender Verkehrswege⁵, die Sicherung stabiler Lieferketten sowie die Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen.

Der Landtag stellt fest:

- Eine uneinheitliche Positionierung bei wichtigen Verkehrsprojekten in Niedersachsen führt zu Unsicherheit in den betroffenen Regionen sowie in der Wirtschaft und gefährdet die Attraktivität des Standorts Niedersachsen.
- Die Landesregierung behindert durch die uneinheitliche Positionierung bei Fragen der Verkehrsinfrastruktur die verkehrliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung Niedersachsens.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eine ressortübergreifende Abstimmung sicherzustellen, um die derzeit bestehenden widersprüchlichen Positionierungen zwischen den Ministerien zu beenden und eine einheitliche Linie zugunsten des Autobahnausbaus zu garantieren, um Planungssicherheit zu schaffen und Unsicherheiten auszuräumen,
2. sich im Bundesrat, gegenüber dem Bundesverkehrsministerium und der Autobahn GmbH des Bundes konsequent für die zeitnahe Umsetzung der Projekte A 20 und A 39 einzusetzen und Verzögerungen entschlossen entgegenzuwirken,
3. die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, zu vereinfachen und hierfür die personellen und organisatorischen Kapazitäten in den zuständigen Landesbehörden zielgerichtet auszubauen,
4. gemeinsam mit den betroffenen Landkreisen, Wirtschaftsvertretern und Bürgerinitiativen bei Verkehrsinfrastrukturprojekten für Transparenz, frühzeitige Beteiligung und Akzeptanz vor Ort zu sorgen, ohne dabei notwendige Verfahren unnötig zu verzögern,
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass für strategische Infrastrukturvorhaben im Bereich des Autobahnaus- und -neubaus gesetzliche Grundlagen für Planungsbeschleunigung und Genehmigungspragmatismus geschaffen und genutzt werden.

Begründung

Die niedersächsische Wirtschaft, die Kommunen und die Bevölkerung benötigen Planungssicherheit und eine Landesregierung, die verlässlich und geschlossen handelt. Infrastrukturprojekte wie die A 20, A 39 und E 233 sind von strategischer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens, für die Anbindung ländlicher Räume sowie für die Entlastung der bestehenden Verkehrsknoten. Gerade im Zusammenhang mit Investitionen in die niedersächsischen Häfen ist eine bedarfsgerechte Hinterlandanbindung unerlässlich.

Statt einer klaren Linie erleben Bürgerinnen und Bürger derzeit eine tief zerstrittene rot-grüne Regierungskoalition, in der der Wirtschaftsminister auf Umsetzung drängt, während führende Vertreter der Grünen den öffentlichen Widerstand gegen die Projekte befeuern. Diese widersprüchliche Kommunikation und die daraus resultierenden Verzögerungen gefährden nicht nur laufende Planungsverfahren, sondern untergraben auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Landesregierung.

⁵ Vgl. https://www.kreiszeitung-wochenblatt.de/stade/c-politik/entlastung-durch-die-a-26-und-die-kuestenautobahn_a151124, zuletzt abgerufen am 05.05.2025.

Zentrale Investitionsentscheidungen, insbesondere im Bereich Logistik, Industrieansiedlung und Bauwirtschaft, hängen maßgeblich von einer verlässlichen Infrastrukturpolitik ab. Wo ideologische Grabenkämpfe die Sachpolitik ersetzen, entstehen Stillstand und Standortnachteile. Niedersachsen braucht daher Klarheit und Geschlossenheit.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin